

sonnenklar!



Foto: Keystone / PictureAlliance / Frank May

Damit die Kinder auch weiterhin in sauberer Luft Drachen steigen lassen können, ist der Umstieg auf eine nachhaltige Energieversorgung unabdingbar. Der Bundesrat hat diesen Weg eingeschlagen. Nur: Die Fahrt ist zu langsam. Die Cleantech-Initiative der SP beschleunigt den Prozess.

Die Cleantech-Vision beschleunigen

Unterschreiben Sie die Stromeffizienz-Initiative!

Der günstigste und sauberste Strom ist der nicht benötigte. Die eidgenössische Stromeffizienz-Initiative will den Schweizer Stromverbrauch auf dem Niveau von 2011 stabilisieren. Unterstützen Sie dieses Vorhaben: Unterschreiben Sie dieses Unterschriftenbogen und senden Sie ihn noch heute ab. Vielen Dank.



von
Eric Nussbaumer,
Nationalrat

Der Umbau des Energiesystems ist möglich. Versorgungssicherheit und Zuverlässigkeit stehen dabei zu keinem Zeitpunkt in Gefahr. Dies legt uns die Wissenschaft in den verschiedensten Studien dar. Die darin aufgezeigten Szenarien unterscheiden sich denn auch nicht in der Frage der Machbarkeit eines risikoärmeren und umweltschonenderen Energiesystems, sondern nur in der Frage, wie schnell der Umbau erfolgen kann. Die Fahrt geht auch beim Bundesrat in Richtung Cleantech-Zukunft. Doch es sind noch zu viele Bremsklötze eingebaut, welche die Fahrt verlangsamen wollen.

Bummeln bis 2050?

Mit der Vernehmlassung zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 leitet der Bundesrat die vom Parlament geforderte Energiewende ein. Es bleibt ein ambitionierter Umbau, müssen doch die vorhandenen Effizienzpotenziale erschlossen, die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien gesteigert und die fossile Abhängigkeit von Öl und Gas verringert werden. Ohne Zweifel: Die eingeschlagene Richtung stimmt, die Geschwindigkeit aber ist zu gemächlich. Es ist ein bundesrätlicher Bummelzug. So will der Bundesrat zum Beispiel

den Ausbau der solaren Stromproduktion weiter begrenzen, statt endlich und vollständig die Marktkräfte spielen zu lassen.

Bremsen beim Solarstromausbau?

Wenn der Bundesrat ins Gesetz schreibt, dass die Mittel für den Ausbau der Fotovoltaik zu begrenzen seien, dann glaubt man ihm nicht, dass er die Energiewende wirklich schaffen will. Wer so bremst, will halt doch wieder Grosskraftwerke. Das ist die Kritik, die ich überall höre. Grundlage sind zu ungenaue Marktabschätzungen. Der Bundes-

rat leitet davon zu tiefe Ausbauziele für 2035 und 2050 ab. Gut gemeinte Ziele werden so zu Begrenzungen. Das kann nicht das Wesen einer langfristigen Energiewende sein. Was es braucht, sind einfache und klare Regeln bei der Einspeisevergütung für Strom aus allen erneuerbaren Quellen. Nur wer die Energiewende nicht will, schreibt bremsende Kontingente in das Gesetz und rechnet von bescheidenen Richtwerten im Jahr 2050 retour.

Es ist also nicht der Bundesrat, der die Nutzung der Fotovoltaik voranbringen will, sondern das Parlament: Mit einer parlamentarischen Initiative will die Umweltkommission des Nationalrates den Weg für ein grösseres Solarkraftwerk-Volumen bereits ab 2014 ebnen, indem die Mittel für die kostendeckende Einspeisevergütung weiter erhöht werden sollen. Dagegen haben sich nur die FDP und die SVP ausgesprochen. Beide Parteien wollen keine Energiewende.

Schnellzug: Cleantech-Initiative der SP

Es braucht weiterhin den Druck einer Vision, die rasch eine Energieversorgung mit 100 Prozent erneuerbarer Energie anstrebt. Die demnächst in der Bundesversammlung zur Beratung kommende Cleantech-Initiative der SP fordert eine Energieversorgung mit ausschliesslich erneuerbaren Energien. Das ist nicht unmöglich. Es ist nur eine Frage des politischen Willens. Der Bundesrat schreibt denn auch zur Volksinitiative: „Der Bundesrat teilt die Anliegen der Initiative, will diese aber im Rahmen seiner umfassenden, langfristig ausgerichteten Energiestrategie 2050 umsetzen.“ Dass der Bundesrat unsere Vision teilt, freut uns. Wenn aber die Energiestrategie 2050 zu einer Bummelzug-Energiewende verkommt, verpasst unser Land die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Chancen einer auf Cleantech fokussierten Wirtschaftsweise. Diese Chance darf nicht verzögert werden – wir werden es sonst teuer bezahlen müssen. Wenn wir beim Energieumbau die Geschwindigkeit verlangsamen statt erhöhen, nimmt unsere Volkswirtschaft doppelten Schaden. Wir zahlen für die Umweltschäden einer Energiepolitik, die weiter das Klima schädigt, und wir zahlen für teure Energie-Importe. Je schneller wir unterwegs sind, umso konkurrenzfähiger werden unsere Industrie und unsere Wirtschaft in 20 Jahren aufgestellt sein.

Es geht jetzt nicht mehr um Szenarien und Modellrechnungen, sondern nur noch darum, ob wir die Rahmenbedingungen für eine verbesserte Energieeffizienz, für mehr Klimaschutz, für gute Arbeitsplätze und für mehr erneuerbare Energien schaffen. Die Cleantech-Initiative weist uns dabei im Dschungel der energiepolitischen Massnahmen den Weg und gibt uns die richtige Geschwindigkeit vor.

Einem Raumschiff gleich präsentiert sich die Umwelt-Arena in Spreitenbach. Die grösste gebäudeintegrierte Fotovoltaikanlage der Schweiz liefert viel Sonnenstrom.



Ende August hat sie ihre Tore geöffnet, die Umwelt-Arena in Spreitenbach. Die BesucherInnen können sich über Energie- und Umweltfragen informieren, Umwelttechniken «erleben» und vergleichen.

Umwelttechnik zum Anfassen



von Max Chopard-Acklin, Nationalrat

Der schonende Umgang mit den Ressourcen muss nicht im Widerspruch zur Wirtschaft stehen. Das wird einem beim Besuch der neu erbauten Umwelt-Arena in Spreitenbach schnell klar. Es beginnt schon bei der Aussenhülle: Das futuristisch anmutende Gebäude mit der momentan grössten dachintegrierten Solaranlage der Schweiz liefert viel Strom: Die 5300 Quadratmeter grosse Fotovoltaikanlage produziert 540 000 Kilowattstunden im Jahr (entspricht dem Verbrauch von 120 Haushalten) und

damit mehr, als für den Betrieb der Umwelt-Arena notwendig ist. Die Überschussenergie wird ins örtliche Netz eingespeist.

Die Umwelt-Arena ist Event- und Seminargebäude sowie Gewerbe- und Erlebnisausstellung in einem. Die Ausstellung ist in mehrere Themenfelder gegliedert: «Natur und Leben», «Energie und Mobilität», «Bauen und Modernisieren», sowie «Erneuerbare Energien». Hier stellen in der Schweiz ansässige Firmen, die sich der Nachhaltigkeit und der Energieeffizienz verpflichtet haben, ihre Produkte vor. Die Ausstellung hat keinen moralisierenden Anspruch; sie lässt Widersprüche zu. Sie zeigt, was heute möglich ist, und sie lädt dazu ein, intelligente Alternativen zum gedankenlosen Ressourcenverschleiss zu nutzen. www.umweltarena.ch

Arbeitskreis «sonnenklar!»

Der Arbeitskreis «sonnenklar!» will die Energie- und Umweltpolitik der SP Schweiz bekannt machen und umsetzen. Er setzt sich aus Energie- und Umweltfachleuten der SP-Fraktion der Bundesversammlung sowie weiteren interessierten Fachleuten zusammen. Die Spendeneinnahmen von «sonnenklar!» werden zweckgebunden für politische Kampagnen und Projekte in der Energie- und Umweltpolitik eingesetzt.

Bisher wurden folgende Vorhaben und Organisationen mit finanziellen Beiträgen unterstützt:

- Allianz Nein zu neuen AKW
- Verein Landschaftsinitiative
- Komitee Mühleberg-Verfahren

- Lancierung und Einreichung der Cleantech-Initiative der SP
- Einsprache gegen das Gesuch um eine unbefristete Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg
- Klima-Initiative (von der SP mit lanciert)
- Verein Klima-Initiative
- SP-Energiegipfel «erneuerbar statt atomar»
- Erarbeitung des Perspektivpapiers der SP Schweiz «Sicher und effizient umsteigen: Unterwegs zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien»
- «KLAR! Schweiz» für die Unterstützung der Expertise von John Large zum so genannten Entsorgungsnachweis der Nagra
- Finanzierung eines juristischen Gutachtens «Mitsprache beim Bau neuer AKW»



Unermüdet frisst sich die Einfamilienhausfläche in die Landschaft. Es ist endlich Zeit für griffige Massnahmen gegen die Zersiedelung.

Im nächsten Frühling kommt die Revision des Raumplanungsgesetzes vors Volk. Die Revision bringt verbindliche Regelungen und ist deshalb anzunehmen. Ebenso sind verbindliche Regelungen für die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative gefordert.

Stopp der Zersiedelung!



von Silva Semadeni, Nationalrätin

68 400 Unterschriften hat der Gewerbeverband gegen die ausgewogene Revision des Raumplanungsgesetzes eingereicht. Wir werden im Frühjahr also an der Urne entscheiden. Eine breite Koalition stellt sich gegen das Referendum und ist fest entschlossen, dem Vollzugsdefizit in der Raumplanung endlich verbindliche Regelungen entgegenzustellen. Verbindliche Regelungen braucht es auch für die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative. Die SP verlangt zudem die Verschärfung der Lex Koller. Die Hürde für spekulative Immobilienkäufe durch Personen im Ausland muss höher werden.

Die Art und Weise, wie in der Schweiz mit dem kostbaren und nicht vermehrbaren Gut Boden umgegangen wird, ist weder nachhaltig noch haushälterisch, wie es die Bundesverfassung fordert. Die Bodenverschwendung führt zur Zersiedelung der Schweiz, am sichtbarsten im Mittelland, wo man von einem «Siedlungsbrei» spricht, mit intensivem Verkehrsaufkommen

und hohen Infrastrukturkosten für Kantone und Gemeinden. Von der Zersiedelung nicht verschont sind auch die touristischen Zentren im Berggebiet. Zweitwohnungen verunstalten die alpine Landschaft und treiben die Wohnkosten für Einheimische in die Höhe. Und die lasche Umsetzung der Lex Koller drückt im ganzen Land auf die Immobilienpreise.

Konsequenter Vollzug

So kann es nicht weitergehen. Dies zeigt die Stimmung in der Bevölkerung: In diesem Jahr befürwortete das Volk die Zweitwohnungsinitiative, in Zürich die Initiative zum Kulturlandschutz und im Thurgau das revidierte Bau- und Planungsgesetz mit Mehrwertabgabe. Das Bundesparlament hat am 15. Juni 2012 einer Weiterentwicklung des Raumplanungsgesetzes zugestimmt. Darum wurde die Landschaftsinitiative der Umweltverbände bedingt zurückgezogen. Der Rückzug wird definitiv, wenn dieser Gegenvorschlag in Kraft tritt.

Mit dem revidierten Raumplanungsgesetz kann das Übel der Zersiedelung durch konsequenteren Vollzug eingedämmt werden: Überdimensionierte Bauzonen sind zu verkleinern. Bei Einzonungen erhält die öffentliche Hand mindestens 20 Prozent der dabei ent-

stehenden Wertvermehrung des Bodens, um damit Auszonungen zu finanzieren. Die kantonalen Richtlinien müssen im Bereich Siedlung erhöhten Anforderungen entsprechen. Die verdichtete Bauweise wird gefördert.

Der Gewerbeverband bekämpft die RPG-Revision. Er spricht von «bodenrechtlichen Zwangsmassnahmen» (Verdichtung), von «neuen Steuern» (Mehrwertabgabe), von «Eingriffen in die Eigentumsfreiheit» (Rückzonen). Klar ist, dass die Mieten aufgrund der RPG-Revision nicht steigen werden, denn die Baulandreserven reichen jeweils für die nächsten 15 Jahre. Für Auszonungen haben Kantone und Gemeinden genügend lange Fristen, wobei nicht jede Auszonung voll entschädigt werden muss.

Breite Unterstützung für die Revision

Im Parlament hat die RPG-Revision klare Mehrheiten gefunden. Die Konferenz der Baudirektorinnen und -direktoren begrüsst sie explizit: «Die Revision ist ein Gesamtpaket, zu dem wir stehen. Viele Kantone haben ihre raumplanerischen Hausaufgaben gemacht und werden wenig Mühe bei der Umsetzung haben. Wir setzen auf eine kluge Entwicklung an den richtigen Orten. Dies ist für unsere

Wirtschaft und Bevölkerung ein Muss!» Nach Annahme dieser ersten Revision will der Bundesrat das Raumplanungsgesetz noch weiter entwickeln und Rahmenbedingungen für die Planung in überkantonalen Räumen schaffen sowie das Bauen ausserhalb von Bauzonen neu regeln.

Weniger Bauspekulation in den Bergen

Die Verordnung über den Bau von Zweitwohnungen mit vielen Ausnahmen und von den Initiativgegnern gewollten Schlupflöchern tritt erst am 1. Januar 2013 in Kraft. Bis dann besteht ein Gesetzesvakuum und somit Rechtsunsicherheit. Gerichte werden über angefochtene Bewilligungen Klarheit schaffen müssen. Die Arbeiten zum Ausführungsgesetz sind aber bereits am Laufen, der Bundesrat will die Botschaft Ende 2013 dem Parlament unterbreiten. Die schlimmsten Auswüchse der Verordnung werden dann sichtbar sein. Das Parlament bekommt die Chance, das ausgeglichene Verhältnis zwischen Zweit- und Erstwohnungen – nach der Abstimmung vom 11. März sind dies 20 bzw. 80 Prozent – rechtskonform zu regeln. Die SP wird dafür kämpfen.

Künftig sollen unabhängige Behörden die Sicherheit der Atomkraftwerke überprüfen. Im Bild: das Atomkraftwerk Beznau.



Foto: Keystone

Menschliche Unzulänglichkeiten haben wesentlichen Einfluss auf die Sicherheit von Atomanlagen. Diese folgen gewissen Mustern, was zu Verletzungen der Aufsichtspflichten führt – nicht nur bei Atomkraftwerken. Ein Plädoyer für eine neue Aufsichtskultur.

Eine neue Aufsicht tut Not



von
Marcos Buser,
Geologe*

Die Katastrophe von Fukushima hat einmal mehr gezeigt, dass Sicherheit nicht allein eine technische Angelegenheit ist, sondern im Wesentlichen von menschlichen Faktoren abhängt. Der amerikanische Soziologe Charles Perrow war vor rund dreissig Jahren einer der Ersten, die auf menschliche Unzulänglichkeiten in der Technik hinwiesen. In seinem Buch «Normale Katastrophen» untersuchte er eine Vielzahl von Unfällen wie Flugzeugabstürzen, Schiffsuntergängen oder industriellen Katastrophen und zeigte, dass sich in komplexen Systemen immer wieder katastrophale Verkettungen ergeben, die wieder

rum eng an menschliche Mängel und Fehler gekoppelt sind. Diese menschlichen Schwächen stehen bekanntlich auch bei den Atomanlagen im Vordergrund.

Wenn wir diese Unzulänglichkeiten ausleuchten, kommen wir einem zweiten Phänomen auf die Spur, das ebenso wichtig ist. Es zeigt sich, dass sich diese menschlichen Schwächen nicht zufällig entwickeln und abspielen, sondern ebenfalls gewissen Mustern folgen und systemisch zu erklären sind. Damit wären wir bei einem zentralen Problem angelangt, mit dem unsere modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften konfrontiert sind: die Aufsichtskultur.

Betreiber und Aufsicht sind oft verbandelt

Wir haben in den letzten Jahren in der Schweiz eine Serie von Debakeln in verschiedensten Bereichen erlebt: Finanzwirtschaft, Swissair,

Pensionskassen und nun auch Atomwirtschaft. Allen diesen Debakeln gemein ist eine grundsätzliche Verletzung der Aufsichtspflicht. Die Aufsicht liess sich von den Beaufsichtigten kapern und tanzte nach deren Pfeife. Bei der Untersuchung dieser Debakel wurden immer wieder die gleichen Ursachen sichtbar: fehlende Kompetenz von Behörden, Laschheit oder Desinteresse der Kontrolleure, Verandelung und Copinage mit den Beaufsichtigten, fehlender Durchblick, und mangelnder Mut einzugreifen usw. Die Kontrolleure verstanden ihre Rolle in erster Linie darin, die Strategien und Vorschläge der Beaufsichtigten für gutes Geld abzunicken. Diese Kultur

der Kaperung und Schwächung von Aufsicht hat systemischen Charakter und sollte dementsprechend auch systemisch aufgearbeitet werden. Wir brauchen eine neue Aufsichtskultur, die sich an drei zentralen Eckpfeilern orientiert.

Drei Pfeiler einer neuen Aufsichtskultur

Erstens: Unzweifelhaft braucht es fachliche Kompetenz. Aber Kompetenz allein auf eine gute Ausbildung zu reduzieren, ist zu wenig. Kompetenz schliesst auch viele praktische Kenntnisse und Erfahrungen mit komplexen Anlagen ein und die Fähigkeit, wichtige technische, organisatorische wie planerische Herausforderungen zu verstehen und zu durchschauen.

Ein zweiter Eckpfeiler ist die Unabhängigkeit der Aufsicht. Sie muss in den Köpfen der Aufsichtsgremien beginnen, indem sich die Kontrolleure ihrer eminent wichtigen Rolle bewusst werden. Sie müssen Distanz und Unbestechlichkeit markieren. Hinzu kommen natürlich finanzielle Rahmenbedingungen, welche diese Unabhängigkeit sicherstellen sollen.

Und schliesslich braucht es auch Weitsicht und Handlungsbereitschaft: proaktives Führen, ein Mitdenken und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – so un bequem dies auch sein mag. Es ist an der Zeit, eine Aufsichtskultur, die diesen Namen verdient, neu zu installieren.

* Marcos Buser ist Entsorgungsspezialist. Er ist im Juli unter Protest gegen die fehlende Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörde Nagra aus der Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) ausgetreten. Die KNS berät den Bundesrat in Fragen der Atomkraft.

Meine Umwelt ist mir etwas wert

Wenn Sie die umweltpolitischen Projekte der SP Schweiz unterstützen und «sonnenklar!» vierteljährlich erhalten wollen, senden Sie bitte Ihre Adresse an: sonnenklar@spschweiz.ch



Impressum sonnenklar! erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Abonnement für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab Fr. 5.– für drei Jahre enthalten. Spenden: PC 30-66582-6, sonnenklar, 3001 Bern. **Herausgabe/Redaktion:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Fax 031/329 69 70, E-Mail: sonnenklar@bluewin.ch **Redaktion:** Jacqueline Badran, Nationalrätin; Didier Berberat, Ständerat; Pascale Bruderer, Ständerätin; Max Chopard, Nationalrat; Chantal Gahlinger, politische Fachsekretärin; Reto Gamma, Projektleiter Fundraising; Beat Jans, Nationalrat; Barbara Marty Kälin, alt Nationalrätin; Jacques-André Maire, Nationalrat; Roger Nordmann, Nationalrat; Eric Nussbaumer, Nationalrat; Rudolf Rechsteiner, alt Nationalrat; Silva Semadeni, Nationalrätin; Ursula Wyss, Nationalrätin. **Redaktionelle Bearbeitung und Produktion:** Gallati Kommunikation, Zürich. **Gestaltung:** Purpur AG für Publishing und Communication, Zürich. Gedruckt in der Schweiz. **Auflage:** 50 000 Expl.



Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier. SGS-COC-2086. FSC-Trademark 1996. Forest Stewardship Council A. C.